

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,10 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die dreispalt. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brep. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: S. Prüll, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M., Rathenauplatz 8. Fernsprechanstalt 2 28 41 und 2 28 42.

Ist Deutschland ein Rechtsstaat?

Wer bräuche heute den Mut auf, diese Frage mit Ja zu beantworten? Denn in welchem gestifteten Lande ist es möglich, daß die höchsten Amtstellen im Reich selbst das Recht und damit das Rechtsempfinden zertrampeln? In der Geschichte Deutschlands wird die Schmach verewigt, mit der eine Reichsregierung unter Papen mit Genehmigung des Reichspräsidenten die Länderregierung des größten Staates und die leitenden Polizeiorgane der Hauptstadt gewaltsam durch die Militärmacht beseitigen ließ. Und wie in Feindesland trat die Reichswehr, mit Handgranaten ausgerüstet, gegen die Staatsorgane an. Weshalb hat man sie beseitigt? Weil sie Sozialdemokraten oder Republikaner sind. Die deutsche gestiftete Arbeitnehmerschaft ist nicht blöde genug, sich andere Gründe einreden zu lassen. Um so weniger, als die angeblichen Ursachen auch heute weiterbestehen.

Trotz Urteils des Staatsgerichtshofes bleibt das fürchterliche Unrecht gegenüber der Preußenregierung bestehen. Ja, der Reichspräsident selbst will das, wenn er in seinen Bedingungen an Hitler in der Frage der Regierungsbildung erklärt:

„Fortsetzung der Reichsreform unter dem Grundsatz einheitlicher politischer Leitung im Reich und in Preußen; deshalb keine Veränderung der Verbindung, die jetzt zwischen preussischer und Reichspolitik hergestellt ist.“

Die Schande des Deutschen Reiches wird also nicht gesilgt. Was sich in Preußen abgepielt hat, ist keine Reichsreform, sondern Rechtsbruch durch Gewalt. Das Volk, die Länder sind zur Reichsreform berufen, nicht die Reichswehr mit Handgranaten. Und wenn die Presse den Gewaltmenschen die Wahrheit sagt, dann bekommt sie „Auslagen“ oder wird verboten. Die bauernschlauen Großgrundbesitzer wollen sich in Preußen-Deutschland wieder eine sichere Domäne schaffen, wie es früher war. Preußen soll der Stützpunkt werden, von dem aus sie die übrigen deutschen Bundesstaaten sich untertan machen können.

Deutschland ist also kein Rechtsstaat mehr; Deutschland ist ein wildes Land. Früher war es so, daß z. B. sich jeder sein Recht vor Gericht suchen mußte, wenn er etwa durch die Presse beleidigt wurde. Wenn aber heute eine Zeitung den Essener Oberbürgermeister Bracht angreift, dann verbietet er diese Zeitung. Diese Reichskommissare, wie sie sich nennen, sind die andere preussische Regierung. Sie sind in Wirklichkeit keine Regierung nach dem Recht, sondern nach der Gewalt. Es gibt nur eine preussische Regierung, und diese ist immer noch die Regierung Braun. Zwei Regierungen in einem Lande ist nicht nur ein Skandal, das ist auch, ganz deutlich ausgedrückt, Blödsinn. Glaubt denn ein normaler Mensch, daß zwei Regierungen nebeneinander ein Land regieren können?

Wir dürfen nicht aufhören, das an der preussischen Regierung begangene Staatsverbrechen als das zu bezeichnen, was es ist. Die Herren Junker glauben, sie hätten mangels einer Parlamentsmehrheit für eine Regierung im Reich das Recht, jetzt auf schnellstem Wege Gesetze und Rechte zertrümmern zu können. Sie sollen aber nicht vergessen: die Situation wird sich wieder ändern, und dann wird man sich der junkerlichen Plumpheiten erinnern, mit denen sie regieren. Die Arbeitnehmerschaft muß und wird in Deutschland wieder der maßgebende Faktor werden. Die Herren Junker haben uns gezeigt, wie sie behandelt sein wollen. Kommt die Arbeitnehmerschaft zur Einigkeit und dann zur politischen Macht, dann darf kein einziger Junker in einer amtlichen Stelle bleiben. Abban auf der ganzen Linie, so wie es uns Papen und Bracht gezeigt haben.

mehrerer Ausschüsse dieser Gesellschaft. Die Gesellschaft für Gewerbehygiene verlieh Gustav Haupt im Jahre 1930 die „Artur-von-Weinberg-Medaille“, die bis jetzt nur wenigen gegeben wurde. Haupt gehörte dem Reichs-Zellhorn-Ausschuß an und hat in dieser seiner Eigenschaft das Erscheinen der Zellhornverordnung maßgeblich mit beeinflusst, ferner wirkte er als Sachverständiger beim Reichswirtschaftsrat mit in Arbeits- und Gesundheitsfragen. Unendlich viel danken wir also dem Kollegen Haupt bezüglich des Arbeiterschutzes für viele Arbeitergruppen der chemischen Industrie und verwandter Gruppen.

Seit 1896 war Haupt auch Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und war bis zuletzt aktiv für sie tätig. Er war früher in Halberstadt, Bielefeld und Ludwigshafen im Kartellvorstand, zeitweise auch Vorsitzender. In Halberstadt und Bielefeld war er Gründer bzw. Mitgründer der Arbeiter-Zentralbibliothek. In Ludwigshafen war er Leiter der Zentralbibliothek und Ausschussmitglied der Jugendorganisation seit ihrer Gründung und seit 1916 Vorsitzender. Außerdem war er Gemeinderatsmitglied. Er war eine Arbeitskraft ersten Ranges.

Gustav Haupts letzte Kampfesäußerung für die Arbeiterschaft ist ein Artikel im „Proletarier“ Nr. 48 vom 26. November 1932. Hier wendet er sich gegen die von der Gummiwarenfabrik „Dunlop“ in Hanau geplante Lohnverschlechterung. Für die Humanität und Güte des Menschen Gustav Haupt spricht die Tatsache, daß er als Vormund äußerst besorgt für seine Mündel war und, weil Doppelwitwen, eines davon in seine Familie aufnahm.

Am 23. November wurde Gustav Haupt eingeweiht. Es waren so zahlreiche Kranzspenden und Beileidsbezeugungen aus dem In- und Ausland eingegangen, daß wir sie hier nicht alle nennen können. Persönlich vertreten waren außer dem DGB, und dem Afabund auch viele Zentralvorstände der freien Gewerkschaften und Vertreter unserer Organisation aus nahegelegenen Gauen und Orten. Die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene war vertreten durch ihr Vorstandsmitglied Herrn Dr. Meyer-Brodniß, der einen Kranz niederlegte. Auch das Hauptkartell der Chemie sandte eine Kranzspende. Die Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie sandte ein Beileidschreiben. Allen Genannten und Ungenannten für ihre Anteilnahme herzlichen Dank im Namen der Hinterbliebenen und des Fabrikarbeiterverbandes!

Erfolgreiche Werbearbeit.

Agitationserfolge im Gau 11. Im 3. Vierteljahr 1932 wurden folgende Aufnahmen erzielt:

Aalen-Unterkochen	16	Karlsruhe i. B.	71
Baiensfurt	39	Offenburg i. B.	34
Ehlingen	93	Pforzheim	46
Freiburg i. Br.	53	Reutlingen	25
Göppingen	14	Stuttgart	107
Heilbronn	21	Waldshut i. B.	40
Zusammen 559			

Agitationserfolge im Gau 12. Es wurden Neu- und Wiederaufnahmen erzielt (einige Jahrestellen, die hier aufgeführt sind, waren schon einmal veröffentlicht):

Eisenberg (3. Vierteljahr)	26	Saarbrücken (Aug., September, Oktober)	19
Ludwigshafen	344	Speyer (August, September, Oktober)	13
Mannheim (August, September, Oktober)	135	Zusammen 668	
Neustadt (August, September, Oktober)	131		

Agitationserfolge im Gau 14. Im Oktober wurden folgende Aufnahmen gefällig:

Aachen	14	Köln	95
Andernach	67	Krefeld	21
Bonn	30	Stolberg	28
Düren	31	Neuwied	14
Goch	15	Zusammen 315	

Agitationserfolge im Gau 15. In den Monaten September, Oktober bis 15. November wurden folgende Aufnahmen erzielt:

Lauenburg (am 20. Nov.)	26	Wittmund	28
Leer	61	Barel (in einer Woche)	8
Scharrel	68	Zusammen 191	

Agitationserfolge im Gau 16. In den Monaten September und Oktober wurden folgende Aufnahmen gemacht:

Bochum	40	Wesel	10
Essen	48	Wuppertal	36
Emmerich	11	Gefcke	13
Reesbeckum	16	Paderborn	12
Castrop-Rauxel	10	Zusammen 196	

Lergau (Gau 2) in den Monaten Oktober und November 52 Aufnahmen.

Außerungen zu Papens Ankurbelungspuscherei.

Eine Wirtschaftsankurbelung auf Seiten der Konsumindustrie ist auf die Dauer unmöglich, wenn nicht in gleicher Weise eine Absatzsteigerung eintritt. Keine Absatzbelegung ohne Steigerung der Kaufkraft; es scheint, daß immer mehr Leute von dieser Tatsache überzeugt werden. Zitieren wir einige Stimmen aus dem bürgerlichen Lager. Der Verband Rheinisch-Westfälischer Brauereien schreibt zum Schluß eines Überblicks über die deutsche Brauereindustrie: „Die Massenkauftkraft über die deutsche Wirtschaft und die Bedarfsdeckung auf vielen Gebieten so in Rückstand gekommen, daß erst eine geraume Zeit vergehen wird, ehe wieder wesentliche Mittel für eine Steigerung des Biergenusses frei werden.“ — Das Institut für Wirtschaftsbeobachtung an der Handelshochschule Nürnberg veröffentlicht in der Zeitschrift „Der Markt der Fertigware“ eine Untersuchung über die Auswirkungen des Papen-Plans. Aber die Möglichkeit der Absatzbelegung wird folgendes festgestellt: „Die Lohnneinkommen steigen nicht in gleichem Maße wie die Produktion, so daß hierdurch ein gewisses Mißverhältnis zwischen Mehrerzeugung und Kaufkraftzunahme zu entstehen droht. Die starke Senkung der individuellen Lohnneinkommen muß zu einer weiteren Bedarfsverlagerung zugunsten des dringenden Bedarfs und der unteren Qualitäten führen.“ — Das Vorstandsmitglied der Reichskreditgesellschaft, Dr. Fischer, führte in seinem Vortrag vor dem Verein Berliner Kaufleute und Industrieller über die Ziele der Wirtschaftspolitik u. a. aus: „Die Zukunft der deutschen Ausfuhr wird auf dem Gebiete der Qualitätsarbeit liegen, für die die Devise ‚gut und nicht teuer‘ maßgebend sein muß. Das setzt selbstverständlich auch Qualitätsarbeiter voraus, die Deutschland sich nur bei einem anständlichen Einkommen des Arbeiters erhalten kann. Nur, wenn die Kaufkraft der großen Masse gesteigert wird, kann auch die Agrarpolitik einen wirksamen Erfolg haben.“ — Diesen Erkenntnissen braucht nichts hinzugefügt zu werden.

Volkszeitung“. In Bielefeld wurde er 1905 stellvertretender Vorsitzender der Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes und übernahm nebenbei im Auftrage des Ortskartells am 1. Januar 1906 die Leitung der Zahlstelle des Fabrikarbeiterverbandes; zugleich wurde er Mitglied unseres Verbandes. Als die Zahlstelle Ludwigshafen a. Rhein die Stelle eines Agitationsleiters ausschrieb, bewarb sich auch Gustav Haupt um diesen Posten und wurde gewählt. Er übernahm am 1. Februar 1908 seine neue Stelle. Der Tischler mußte sich nun wieder umstellen, und es gelang ihm sehr rasch, nicht



nur die Eigenart der vorherrschenden chemischen Produktion, die sein Agitationsbereich bildete, zu verstehen und zu überschauen, er arbeitete sich auch allmählich in die Wissensgebiete der Chemie selbst hinein. Auf Konferenzen und Verbandstagen wurde Haupt allmählich der sichere Sachkundige und Sachberater. Diese Tatsache bewog den Hauptvorstand, Haupt nach Hannover ins Hauptbüro zu berufen, als die Stelle eines Zentralbranchenleiters für die chemische Industrie zu besetzen war. Am 14. April 1919 trat er seine neue Stelle an, und er hat sie voll ausgefüllt bis zu seinem Tode. In dieser Zeit hat er eine äußerst fruchtbare Tätigkeit entfaltet. In unzähligen Artikeln im „Proletarier“ hat er sachkundig und mit Besonnenheit, aber auch mit Entschiedenheit die Interessen unserer Kolleginnen und Kollegen in der Chemie und darüber hinaus vertreten. Auf nationalen und internationalen Tagungen war er der kenntnisreiche Redner und Anwalt für den Schutz der Chemiearbeiter. Er ist der Verfasser verschiedener Schriften, z. B.: „Gewerbliche Gefahren in der chemischen Industrie“, „Bericht über den Streik in den Farbwerken vorm. Bayer u. Co. in Leverkusen“, „Die chemische Industrie als Organisationsgebiet des Fabrikarbeiterverbandes“, „Die gesundheitlichen Gefahren in der chemischen Industrie“, „Die Organisation der Kunstseidenarbeiter“ und „Das Rätsel der Bedauer-Wissenschaft“. In der „Zeitschrift für Gewerbehygiene“ hat er in Fragen des Arbeiterschutzes wiederholt das Wort ergriffen. Wie vielseitig die Tätigkeit des Kollegen Haupt war, ergibt sich auch aus folgendem: Er war Mitgründer und Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene, ferner Mitglied

Zum Tode Gustav Haupts.

Der Fabrikarbeiterverband hat durch den Tod des Kollegen Haupt eine hervorragende Arbeitskraft verloren. Haupt war neben seiner großen Arbeitsfreude ausgestattet mit einer ganz besonderen geistigen Beweglichkeit. Diese Eigenschaften befähigten ihn, sich rasch in jede Materie hineinzuversetzen. Ohne Anleitung, ohne Hilfe hat er sich aus einer trostlosen Kindheit heraufgearbeitet.

Gustav Haupt wurde geboren am 24. Juli 1870 in Halberstadt als Kind sehr armer Eltern. Trotzdem ließen sie ihn nach Absolvierung der Volksschule das Tischlerhandwerk erlernen. Als junger Geselle trat er 1892 in Arbeiterbewegung dem Holzarbeiterverband bei, um sehr bald in Kollegenreisen führend zu werden. Schon im Jahre 1896 wählte ihn die Mitgliedschaft Halberstadt des Holzarbeiterverbandes zum ersten Bevollmächtigten. Diesen Posten hatte er inne bis zu seiner Übersiedlung nach Bielefeld im Jahre 1904. Dazwischen war er auch 1898 und 1899 Redakteur an der „Halberstädter

Agitation ist der Lebensnerv des Verbandes.

Stopft dem Meere die Zuflüsse ab, und das Meer trodnet aus. Stellt die Agitation ein, und der Verband hört auf, zu sein. Im Fabrikarbeiterverband verstopfen die Quellen nicht. Immer vorwärts! Dem Mutigen gehört die Welt.

Kommunistische Verleumder nochmals verurteilt.

Die Strafkammer in Eberswalde hat in ihrer Sitzung vom 24. Oktober 1932 folgendes Urteil und folgende Bekanntmachung beschlossen:

Der Stadterordnete Otto Burwig in Freienwalde ist wegen öffentlicher Beleidigung des Vorsitzenden des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Karl Thiemiß in Hannover, zu drei Wochen Gefängnis verurteilt worden.

Schon unterm 11. September 1931 wurde der Kommunist Burwig wegen Beleidigung unseres Kollegen, des Gauleiters Louis Bruns (Frankfurt a. M.), zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt. Es wurde festgestellt, daß es sich um eine „leichtfertige Verbreitung ehrverletzender Tatsachen handelt“, nämlich um die bekannte Behauptung, Bruns sei Aufsichtsratsmitglied der J.-G. Farben-WG. und beziehe als solches jährlich 65 000 Mk. Lantime.

Wir haben seinerzeit über den Prozeß in der Nummer 41 des „Proletariats“ vom 10. Oktober 1931 berichtet.

Das Urteil wurde in seinem vollen Umfang in dem in Bad Freienwalde a. d. Oder erscheinenden „Oberbarnimer Kreisblatt“ abgedruckt. Diese vollständige Veröffentlichung erfolgte durch ein Mißverständnis. Die Kosten mußte der Rechtsanwalt tragen, so daß dem Verband Ausgaben nicht erwachsen.

An dieses Mißverständnis knüpfte Burwig in einer Erklärung der gleichen Zeitung an und behauptete, daß, trotzdem er verurteilt sei, der Fabrikarbeiterverband 2 Millionen Mark an Aktien des Chemietrustes erworben habe. Ferner sei es nicht erwiesen, ob nicht doch ein Führer des Fabrikarbeiterverbandes Mitglied des Aufsichtsrats sei. Weiter behauptete Burwig, daß die Gewerkschaftsführer bei dem Streik in der Freienwalder Schamottefabrik eine Streikbrecherrolle gespielt haben.

Ferner wurde behauptet, daß die Führer des Fabrikarbeiterverbandes sich ihre Gehälter eigenmächtig nach Gutdünken bewilligen.

Nunmehr sah sich unser Verbandsvorsitzender, Kollege Thiemiß, gezwungen, erneut gegen Burwig Beleidigungsklage zu führen.

Das Amtsgericht in Bad Freienwalde verurteilte Burwig in seiner Sitzung vom 10. Juni 1932 zu 100 Mk. Geldstrafe. Aus den Urteilsgründen, die sehr eingehend und umfangreich sind, entnehmen wir nur folgende Sätze:

Für keine dieser Behauptungen hat aber der Angeklagte den Beweis der Wahrheit erbracht. Auf Grund des dem Gericht vorgelegten Verbandstagsprotokolls von München ist vielmehr festgestellt, daß die Gehälter von dem Verbandstag genau bestimmt sind.

Bezüglich des Aktienpakets heißt es im Urteil: „Ebenso steht fest, daß der Angeklagte diese Behauptung mit Wissen und Wollen aufgestellt hat. . . Den Wahrheitsbeweis hat der Angeklagte aber nicht erbracht, gar nicht einmal zu führen versucht.“

Bezüglich des Aufsichtsratspostens sagt das Gericht: „In Wirklichkeit ist aber ein Vertreter der Arbeitnehmer auf Grund gesetzlicher Bestimmungen (§ 70 Betriebsrätegesetz) in den Aufsichtsrat gewählt.“

Auf die behauptete Streikbrecherrolle geht das Urteil ausführlich ein und stellt fest, daß von der RGD. eine Streikleitung, aus zehn Mitgliedern bestehend, gewählt wurde. Die Zeugenausfrage ergibt:

„Zeitlich nur, daß diese Streikleitung, außer zu der Wahl der engeren Leitung, niemals zusammengetreten ist und auch keinerlei Verhandlungen mit der Fabrikleitung aufgenommen hat, bis zu einer Einigung mit dieser zu gelangen.“

Erst dem Gauleiter Martin ist es gelungen, eine Verständigung zu erzielen, die von der Mehrheit der Streikenden gutgeheißen wurde. Das Urteil fährt dann fort:

„Die Behauptung, daß Gewerkschaftsführer bei dem Streik in der Freienwalder Schamottefabrik eine Streikbrecherrolle gespielt haben, ist also nicht erwiesen. Der Vorwurf eines Streikbrechers ist aber eine der schwersten Herabsetzungen, die einem Vertreter der Arbeiterinteressen treffen kann.“

Im Hinblick auf die schlechte Vermögenslage des Angeklagten verurteilte das Gericht Burwig „trotz der Schwere der Beleidigungen“ zu einer Geldstrafe von 100 Mk.

Burwig legte gegen diese Verurteilung Berufung ein, und die Strafkammer Eberswalde hat, wie oben festgestellt wurde, die Strafe von 100 Mk. auf drei Wochen Gefängnis erhöht. Das Urteil der Strafkammer schließt sich den Gründen des Amtsgerichts Freienwalde vollinhaltlich an und weicht nur in der Bemessung der Strafe von diesem ab. In den Gründen heißt es dann u. a.:

„Das Ziel dieses Kampfes (der revolutionären Gewerkschaftsopposition gegen die freien Gewerkschaften) geht über die Verletzung der Ehre des einzelnen hinaus und ist die Vernichtung des Einflusses der freien Gewerkschaften und die Werbung unter deren Mitgliedern für die revolutionäre Gewerkschaftsopposition. Hieraus ergeben sich die Gefährlichkeit und die Schwere der Beleidigung des Angeklagten. Der politische Kampf ist so wichtig, daß er sachlich und ordnungsgemäß geführt werden muß. Der Angeklagte hat sich bemüht, über diese Warnung (Verurteilung zu 100 Mk.) hinwegzusetzen und mit den Beleidigungen einen neuen Kampf gegen die Gewerkschaften anzuführen.“

So bedauerlich es ist, daß unser Verbandsvorsitzender, Kollege Thiemiß, gezwungen ist, derartige Klagen zu führen, so notwendig ist aber auch, daß derartige gemeine Verleumdungen einmal gestraft werden. Dies erfordert das Interesse und das Ansehen unseres Verbandes.

Der Schwindel mit der Aka.

Viele Leute sind der Meinung, daß bei uns noch eine rechtliche Arbeitslosenversicherung bestünde. Diese Ansicht ist entschieden irrig. Gewiß besteht dem Namen nach etwas Ähnliches. Aber von der Arbeitslosenversicherung, wie sie ursprünglich bestand, ist verblieben wenig übriggeblieben. Versuchen wir einmal kurz darzustellen, wie sich die Verhältnisse bei der Arbeitslosenversicherung

gewandelt haben. Die Leistungen der Versicherung sind dem Nullpunkt nahegekommen. Die Unterföhrungsdauer wurde von 26 auf 6 Wochen verkurzt. Durch die fast völlige Gleichmachung der Unterföhrungssätze, durch Streichung in den oberen Lohnklassen usw. wurde die Entrechtung der Versicherung weiter vervollständigt. Ein raffiniertes Ortsklassensystem sorgt dafür, daß zwischen den einzelnen Orten erhebliche Unterschiede bestehen, die keineswegs gerechtfertigt sind. Der größte Schlag gegen den Versicherungsgedanken wurde dadurch geführt, daß nach der sechsten Unterföhrungswoche Leistungen nur gewährt werden, wenn die Hilfsbedürftigkeit erwiesen ist. Die Prüfung der Hilfsbedürftigkeit wird rigoros gehandhabt. Wenn irgendein Verwandter noch in Arbeit und Brot steht, oder wenn ein geringes Sparguthaben vorhanden ist, ist der Betreffende nicht mehr unterföhrungsbedürftig und wird abgewiesen. Ehefrauen, Jugendliche, Inhaber von einem Stückchen Land oder irgendeines Besitztums müssen sich noch weitere Beschränkungen gefallen lassen.

Noch damit nicht genug. Hat ein Arbeitsloser alle diese Klippen überprungen, so ist sein Unterföhrungsanspruch noch lange nicht gewährleistet. Hat der Unternehmer die Beiträge nicht richtig abgeführt, so kann der Arbeitnehmer seines Unterföhrungsanspruchs verlustig gehen. Verschlechterungen wirksamer Art liegen ferner darin, daß die Anwartschaft für die erstmalige Unterföhrung verdoppelt wurde. Außerdem verlängerte man die Wartezeit und die Sperrfrist erheblich. Renten und sonstige Entschädigungen werden in höherem Maße in Anrechnung gebracht. Krankheitsstage unterbrechen die Anwartschaft. Dagegen laufen die Unterföhrungswochen sofort ab, wenn der Arbeitslose einmal einen kleinen anzurechnenden Gelegenheitsverdienst gefunden hat. Die Krankenversicherung der Arbeitslosen ist keineswegs allen gewährleistet. Diejenigen, die als nicht hilfsbedürftig anerkannt wurden und infolgedessen keine Unterföhrung beziehen, genießen nicht mehr den Schutz einer Krankenkasse, es sei denn, wenn sie sich selbst weiterversichern. Auch Jugendliche verfallen diesem Schicksal.

Das waren einige Beispiele, wie der Arbeitslose infolge der reaktionären Einstellung der verflochtenen Regierung entrechtet wurde.

Werbung mit not!

Nicht in Hoffnungslosigkeit darfst du dich verlieren! Gerade in der Krisenzeit gilt es, zu agitieren!

Sage nicht, was kommt es schon auf den einen an. Deiner Organisation bring auch du den zweiten Mann!

Die Arbeitslosenversicherung verdient diesen Namen auch deshalb kaum mehr, weil trotz dieses riesigen Abbaues die kolossale Beitragshöhe von 6,5 v. H. bestehen geblieben ist. In Nr. 47 der „Gewerkschafts-Zeitung“ bringt Genosse Dr. Bröker sichtlich Material dafür, wie die Beitragseinnahmen bei der Arbeitslosenversicherung verwandt werden. Das monatliche Beitragsaufkommen beträgt gegenwärtig etwa 83 Millionen Mark. Davon werden nur 12,5 Millionen Mark oder etwa 15 v. H. für wirkliche Versicherungsleistungen verausgabt. Die Mittel der Arbeitslosenversicherung werden zu allen möglichen Zwecken verwandt. Zu einem erheblichen Teil dienen sie der Finanzierung der Krisenfürsorge und der Wohlfahrtsverbandsfürsorge. Die gesamten Kosten für die Durchführung der Lohnabbauperordnung vom 5. September dieses Jahres wurden der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung aufgebürdet. Der Arbeiter bezahlt also die Verwaltungskosten für den Abbau seines Lohnes. Die Mittel der Reichsanstalt werden auch zur Finanzierung von Arbeitsbeschaffungsprojekten herangezogen. Die Reichsanstalt ist deshalb verurteilt, Beiträge für Zwecke zur Verfügung zu stellen, die aus allgemeinen Steuermitteln gedeckt werden müssen. Die Kosten für den freiwilligen Arbeitsdienst sollen nach Verantbarungen hinfür ebenfalls von der Reichsanstalt bestritten werden. Man bedenke, daß zu dem Personenkreis des freiwilligen Arbeitsdienstes auch Leute gehören, die niemals einen Pfennig zur Arbeitslosenversicherung aufgebracht haben.

Die Verwendung der Mittel der Arbeitslosenversicherung macht nachgerade zu einem öffentlichen Skandal aus. Die Beitragsleistung ist derart hoch, daß mit diesen Mitteln eine weitgehende Unterföhrungsleistung gewährt werden könnte. Statt dessen sehen wir, daß diese Mittel den Arbeitslosen vorenthalten und allen möglichen Zwecken dienstbar gemacht werden. Mit aller Entschiedenheit müssen wir uns gegen diesen Raub von Arbeitergeldern wenden. Man bedenke, wie schwierig es heute ist, von dem geringen Verdienst dauernd hohe Beiträge zu leisten. Wenn diese Mittel reiblos zur Unterföhrung der Arbeitslosen verwandt würden, könnte man sich damit einverstanden erklären. Wie wir aber gesehen haben, werden sie in alle möglichen Kanäle geleitet. Die Reichsanstalt ist ein Mädchen für alles geworden. Es ist hohe Zeit, daß mit diesem Skandal Schluss gemacht wird.

Ein Wirtschaftszweig, dem es gut geht.

Der Vertreter des Winzerverbandes für Mosel und Saar erklärte auf der Tagung des Rheinisch-Trierischen Genossenschaftsverbandes u. a. folgendes: „Die bisher betriebene Werbung sei vorläufig nicht nötig, da der Weinkonsum je Kopf der Bevölkerung von 3,5 Liter in den Jahren 1925/27 auf 6 Liter gestiegen sei. Der Verbrauch an Auslandsweinen sei von 60 auf 22 v. H. des Weinkonsums zurückgegangen.“ Dieser vermehrte Weinkonsum entfällt sicher nicht auf die arbeitende Klasse.

Die Kartellierung landwirtschaftlicher Produkte.

Die deutsche Regierung hat mit ihren agrarpolitischen Schanzmaßnahmen Schiffbruch erlitten. Nach umfangreichen Zollerhöhungen versuchte sie für landwirtschaftliche Edelerzeugnisse durch Kontingente die Einfuhr zu drosseln. Zur Vorbereitung dessen wurde die sogenannte Tomaten-Kommission losgeschickt. Nach Rückkehr derselben hat man sich entschlossen, die Kontingentierung „vorläufig“ nicht durchzuführen. Jetzt werden andere Pläne erwogen. Durch eine sogenannte „elastische Stützung“ am Getreidemarkt soll der hohe Schutzzoll voll zur Auswirkung kommen. Daneben wird eine Kartellierung und Monopolisierung landwirtschaftlicher Produkte erwogen. U. a. hat Geheimrat Bosh von der J.-G. Farbenindustrie sich für diesen Plan eingesetzt. Bosh wendet sich entschieden gegen die Kontingentierung und ähnliche exportschädigende Maßnahmen. Dafür soll aber im Inland ein Ausgleich durch Anpassung der landwirtschaftlichen Produktion an den Konsum angebahnt werden. Within eine reiflose Monopolisierung. Man bezweckt mit dieser

Maßnahme weiter, die Preisbildung zugunsten der Landwirtschaft zu beeinflussen. Dieser Vorschlag steht harmlos aus, ist aber in seiner Wirkung gefährlich. Es würde darauf hinauslaufen, den Lebensstandard für die industrielle Bevölkerung zu verschlechtern. Die Arbeiterklasse muß deshalb aufpassen, um Schädigungen hier hintanzubalten.

Die polnische Reaktion gegen die Gewerkschaften.

Der polnische Staatspräsident hat eine Verordnung erlassen, die die Vernichtung des Koalitionsrechts der Arbeiterklasse bedeutet. Jede Gewerkschaft muß in Zukunft den Verwaltungsbehörden Angaben über den Inhalt ihrer Beratungen und Beschlüsse machen.

Falls die Polizei eine „staatsgefährdende“ Tätigkeit einer gewerkschaftlichen Organisation festgestellt zu haben glaubt, wird die betreffende Organisation noch vor Einleitung eines Strafverfahrens vorläufig suspendiert.

Unter solchen Umständen ist selbstverständlich eine Vertretung von Arbeitnehmerinteressen völlig unmöglich. Aber diese Entrechtung will ja das autoritäre Regime Pilsudkis gerade erreichen. Auch die deutschen Reaktionen um Eugenberg wünschen nichts sehnlicher als die Verschlagung der Gewerkschaften.

Junkergeist.

„Edle“ Gesinnung spricht aus dem folgenden Arbeitsvertrage aus dem Junkerparadies Ostpreußen:

„Der Kutscher X. J. vermietet sich bei dem Besitzer Lissinna (Daubarren) für die Zeit vom 1. August bis 1. Oktober 1932. Er übernimmt das 2. Gepann und die beiden Stuten mit Fohlen in Pflege. Lohn für August 30 Mk., September 25 Mk. X. J. nimmt davon Kenntnis, daß des öfteren länger als die übliche Arbeitszeit gearbeitet wird. Kündigung 14tägig. X. J. erklärt an Eides Statt, daß er, solange er im Dienst bei Lissinna ist, sich politisch nur im Sinne der NSDAP. betätigen wird.“

Daubarren, den 26. Juli 1932. gez. Unterschriften. Man macht anscheinend bei Lissinna in Daubarren seine Politik am Saubarren.

Der 6. Internationale Gewerkschaftskongress

wird laut Beschluß des Vorstandes des Internationalen Gewerkschaftsbundes vom 30. Juli bis 3. August 1933 in Brüssel tagen. Die Tagesordnung lautet:

- 1. Eröffnungsansprache des Vorsitzenden und Begrüßungsreden.
2. Wahl der Mandat-Prüfungskommission und der anderen Kommissionen.
3. Tätigkeitsbericht. Bericht über die Tätigkeit der Gemeinsamen Abrüstungskommission. Finanzbericht und Bericht der Rechnungsrevisoren.
4. Planwirtschaftliche Forderungen des IGB.
5. Sozialpolitische Richtlinien des IGB.
6. Unterrichts- und Bildungsprogramm des IGB.
7. Statutenänderungen.
8. Anträge und Vorschläge.
9. Wahlen.
10. Festsetzung des nächsten Tagungsortes.

Die Schmach des italienischen Hitlers.

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat in seiner Sitzung am 17. und 18. November 1932 folgenden Beschluß gefaßt:

„Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes warnt die internationale Arbeiterklasse vor der traurigen Komödie, die sie eben in Italien als Lohn auf die Gedanken- und Redefreiheit aufgeführt worden ist.“

Die von der Regierung Mussolinis scheinbar angeordnete Amnestie kann niemand täuschen. Die Gegner des faschistischen Regimes, d. h. alle Demokraten, Sozialisten und Gewerkschafter, alle Revolutionäre, die in faktischer Weise gegen die Diktatur auftraten, bleiben auch weiterhin im Gefängnis.

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes erhebt gegen die Parodie einer Amnestie, die nur den strafrechtlich Verurteilten zugute kommt und im übrigen eine noch rücksichtslosere Vergewaltigung der Meinungsfreiheit ermöglicht, Anklage und überantwortet sie der Verachtung der Öffentlichkeit.“

Die kommunistischen Postenjäger.

Die Ortsverwaltungswahlen stehen wieder vor der Tür. Da ruft nun die KPD. wieder auf, alle nur erreichbaren Posten zu besetzen, selbstverständlich zu politischen Zwecken. Rußlands Regierung bezahlt nicht umsonst. Sie will „Leistungen“ sehen. So wie vor jeder Reichstagswahl die Arbeiterklasse in den Streik, auf die Straße gejagt wird, um sie nachher ihrem Schicksal zu überlassen, so soll es allgemein werden; es soll Elend im „Weltmaßstab“ erreicht werden. So will, so befiehlt es der russische staatliche Geldgeber durch seinen Strohmann „Ecki“ (Exekutiv-Komitee der kommunistischen Internationale). Deshalb stellt auch die kommunistische Presse in ihrem Aufruf zur Postenjägeri folgenden Beschluß des Ekkis an die Spitze:

„Tähe Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften durch den Kampf um jedes Mitglied der reformistischen Gewerkschaft, um jeden wählbaren Posten, durch den Kampf um jedes Mitglied der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie und die Eroberung der Organisationen der einzelnen Verbände sowie der Ortskartelle der reformistischen Gewerkschaften.“

(XII. Ecki-Plenum.) Sie wollen Bonzen werden unter allen Umständen, die Schreier, die Nichtswisser, die unfähigen Schwadronneure. Die KPD-Zentrale hat sogar ausgerechnet, wie viele Posten winken; es heißt da:

„In 13 759 Ortsverwaltungen und Zweigvereinen des IGB. werden in diesen Wochen und Monaten die Leitungen durch Neuwahlen besetzt.“

Es werden die Ortsvorstände bzw. Bezirksvorstände der Gewerkschaften gewählt. Es findet auch eine Neuwahl der Generalversammlungs-Delegierten und der Vertreter der einzelnen Gewerkschaften in die Ortsvorstände des IGB. statt. 1295 Ortskartelle des IGB. werden auf diese Weise durch Neuwahlen zusammengefaßt. Um jeden Gewerkschaftsposten wird die Opposition einen Kampf führen.“

Also ran, ihr tolpattigen, dummen Theddybären, an den König!

Unsere Mitglieder müssen auf der Wacht sein, damit nicht Menschen sich als „Führer“ versuchen, die heute Nazi und morgen Nazi sind, Leute, die nicht Arbeiterinteressen wahrnehmen, sondern die Interessen der russischen Politik.

Der Nazi bekommt den Sesselstift.

Die zunehmende Begeisterung der landwirtschaftlichen Unternehmer für das Kabinett Papen hat jetzt einen beträchtlichen Wandel herbeigeführt. Die Sympathie der landwirtschaftlichen Unternehmer hat sich von den Nazis ab- und den Deutschnationalen und dem Stahlhelm als den Stützen der Regierung Papen zugewendet.

„Gibt es doch sehr viele rückschrittliche Gutsbesitzer, die in ihrem Haß gegen die nationalsozialistische Freiheitsbewegung so weit gehen, daß sie die bei ihnen als Landarbeiter beschäftigten Nationalsozialisten und SA-Männer entlassen und lieber Kommunisten beschäftigen, die sie mit einem Geschenk von 5 Mk. zum Eintritt in den Stahlhelm bewegen.“

Die dicke Freundschaft hat also ein Ende. Die Frechheit der Nazis hat einen Dämpfer erhalten. Wie war es einst so schön im Mai!

Ein gewisser Helmut Körner aus Piskowitz im Freistaat Sachsen, seines Zeichens Landagitor der Nazi-Partei, hatte Anfang Mai dieses Jahres verschiedenen nationalsozialistischen Bauern der Amtshauptmannschaft Bauen eine Mitteilung zukommen lassen, in der es wörtlich heißt:

„Ich fordere daher alle Bauern der nationalen Opposition auf, sofort sämtliche marxistischen Arbeitskräfte aus ihren Betrieben zu entlassen und dafür ehemalige SA- und SS-Leute einzustellen.“

Wir würden sagen, es geschieht den Nazis recht. Aber leider sind ja die Proleten die Opfer der ganzen Lumperei.

Sklaverei im Sowjetstaat.

Daß die Arbeitsdisziplin in der Sowjetwirtschaft vielfach zu wünschen übrig läßt, ergibt sich aus einer praktisch wie symptomatisch außerordentlich wichtigen Verordnung der Sowjetregierung und des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei. Danach kann Arbeitnehmern, die auch nur einen einzigen Tag ohne triftigen Grund die Arbeit „schwänzen“, gleichzeitig mit der Entlassung das Anrecht auf Lebensmittelfkarten und Wohnung, das ihnen von ihrem Betrieb zusteht, entzogen werden.

Die offizielle Statistik verzeichnete das „Schwänzen“ gewissermaßen als normale Erscheinung. Es betrug im Durchschnitt aller Industrien für jeden Arbeiter im Jahre 1930 viereinhalb Arbeitstage, im neunzigstägigen zweiten Quartal 1931 1,36 Tage, war aber in einzelnen Industriezweigen wesentlich über dem Durchschnitt, zum Beispiel im Steinkohlen- und Eisenerzbergbau im Jahre 1930 über 13 Tage.

Die Begründung der neuen Regierung spricht davon, daß das Nichtvorhandensein von irgendwelcher Arbeitslosigkeit, also des Angewiesenseins der Betriebe auf die vorhandenen Arbeitnehmer, zum „Schwänzen“ anreize, was dem normalen Produktionsgang großen Schaden zufüge. Auch diese Maßnahme bedeutet ein Anziehen der Zentralgewalt; auch sie zeigt, daß die Partei alle Kräfte rücksichtslos anspannt.

Das amtliche Reichstagswahlergebnis vom 6. November 1932.

Wahlberechtigt waren am 6. November 44 401 004 Personen. Die Wahlbeteiligung erhöhte sich auf 80,5 v. H., da insgesamt 35 758 890 Stimmen — darunter 287 145 ungültige — abgegeben worden sind. Von den 35 471 745 gültigen Stimmen entfielen auf:

Table with 2 columns: Party Name and Votes/Percentage. Includes NSDAP, SPD, Kommunisten, Zentrum, Bayerische Volkspartei, Deutschnationale.

Table with 2 columns: Party Name and Votes/Percentage. Includes Deutsche Volkspartei, Staatspartei, Christlich-Sozialer Volksdienst, Wirtschaftspartei, Deutsche Bauernpartei, etc.

Die nationalen Minderheiten erhielten 84 674 (0,1). Die gültigen Stimmen und die zahlreichen Splitterparteien, die sich der Reichsliste der Deutschnationalen angeschlossen hatten, brachten zusammen 52 798 (0,2 v. H.) Stimmen auf und verschafften den Deutschnationalen damit das 51. Mandat.

Nach Verrechnung der Kreis-, Verbands- und Reichswahlvorschlüge erhielten Mandate:

Table with 2 columns: Party Name and Mandates. Includes NSDAP, SPD, KPD, Zentrum, etc.

Es sind insgesamt also 584 Abgeordnete gewählt.

Vergiß nicht, daß du Gewerkschafter bist.

Du bist Freigewerkschafter. Du hast ein Bündnis geschlossen. Fast 14 Millionen Menschen und die besten der Arbeiterklasse vieler Länder umfaßt es.

Sie wollen nichts anderes als mit vereinter Kraft eine neue Welt schaffen.

Alles, was den Menschen entwürdigt, was ihm das Menschliche zu nehmen sucht, soll beseitigt werden.

Hehr und groß ist dieses Ziel. Achte es, bleib ihm immer und allerwärts treu!

Dann erringst du vom Gegner Anerkennung und von unaufgeklärten Kollegen die Gefolgschaft.

Frauenfragen.

Wirtschaftskrise und Eheschließungen.

Daß die Krise der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ihre unheilvollen Einflüsse auch auf das Familienleben geltend macht, zeigen täglich Tausende von traurigen Beispielen. Aber auch die Eheschließungen stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit der — trotz Papenplan — immer trüber werdenden Wirtschaftslage. Im Jahre 1931 wurden in Deutschland 47 200 Ehen weniger geschlossen als 1930, 73 000 weniger als 1928/29 und 94 000 weniger, als nach der Zahl der im Heiratsalter stehenden Männer zu erwarten war.

Lohnprämienystem und Frauenarbeit.

Nach dem Ankerbelungsprogramm der verflorenen Reichsregierung erhält jeder Unternehmer, der vom 15. September an eine Arbeitskraft mehr beschäftigt, je Vierteljahr eine Prämie von 100 Mark. Es leuchtet ohne weiteres ein, daß der Unternehmer bei der gleichen Prämie am besten fährt, der nur Arbeitslöhne in geringer Höhe zahlt. Es wurden Fälle nachgewiesen, wo der Unternehmer für Neueingestellte den Lohnaufwender durch erhaltene Prämien decken

konnte. Die Folge davon ist, daß billige Frauenarbeit am meisten gefragt wurde. Der Frauenanteil in den Betrieben der Metallindustrie Berlins ist infolge der Neueinstellung von Frauen von 26,6 auf 32,8 v. H. gestiegen. Überhaupt ist eine ständige Zunahme der Frauenarbeit in den Fabrikbetrieben zu beobachten. Dies zeigt auch die Arbeitsvermittlung. Auf 100 Arbeitsgesuche kamen im Bezirk des Landesarbeitsamts Brandenburg 3,1 offene Stellen für Männer und 7,8 für Frauen, in Sachsen 1,6 bzw. 4,6, in Ostpreußen 8,8 bzw. 29,4, in Mitteldeutschland 2,8 bzw. 7,6 und in Bayern 2,9 bzw. 7,5. So bewirkt der Ankerbelungsplan der Regierung letzten Endes eine Steigerung der Frauenarbeit. Die billigste Arbeitskraft erhält den Vorzug. Dieser Anflug muß schleunigst unterbunden werden. Am besten durch die Frauen selbst, indem sie sich in eine gewerkschaftliche Organisation einreihen.

Aber die Tätigkeit unserer Kolleginnen im Gau?

Seit dem Bestehen und der praktischen Betätigung der Arbeiterinnen-Kommission im Gau Sachsen finden von Zeit zu Zeit Sitzungen statt, die abwechselnd in einer anderen Zahlstelle des Gaus abgehalten werden. Die Zahlstellenleitungen haben so Gelegenheit, Kolleginnen als Gäste zu der Sitzung zu entsenden. So nahmen an der Sitzung in Meißen, die am Bußtag, vormittags 10 Uhr, stattfand, außer den Mitgliedern der Arbeiterinnen-Kommission fünf Funktionärinnen der Zahlstelle Meißen teil. Abends zuvor fand eine allgemeine Frauenversammlung der Zahlstelle statt.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Kollegen Hüppner begrüßte Kollegin Schuster (Meißen) die Anwesenden im Auftrag der Zahlstelle und hob deren Wünsche hervor. Zur Tagesordnung stand ein Referat der Frau Strauß (Dresden) über „Die Stellung der Frau in der Gegenwart und Zukunft“ und der Kollegin Jammert (Hannover) über „Reichstag und Reichsgesetzgebung“. Als weiterer besonderer Tagesordnungspunkt wurden Fragen der Agitation behandelt. Fast alle Mitglieder beteiligten sich an der Debatte über den letzten Punkt. Es war verständlich und erfreulich, daß über diese wichtige Angelegenheit sehr ernsthaft diskutiert wurde. So wurden die Schwierigkeiten aufgezeigt, die sich heute bei der Haus- und Betriebsagitation ergeben. Kollegin Strauß konnte über gute Erfolge bei der Hausagitation unter den Blumenarbeiterinnen berichten. Es wurde darauf verwiesen, daß in der heutigen Zeit mehr als bisher alle Situationen ausgenutzt werden müssen, um die Absetzenden für den Verband zu gewinnen. Überall, wo der Verband Erfolg erzielt, sei es in den Betrieben, wo der Unternehmer willkürlich die Löhne herabsetzen will, oder sei es durch irgendwelche Schlichtung von Streitigkeiten, wie sie sich sonst aus dem Arbeitsverhältnis ergeben, müssen die Funktionärinnen auf dem Posten sein. Es war die Auffassung aller Kolleginnen, daß es sehr darauf ankommt, mehr die Werbetrommel zu rühren und mehr Kleinarbeit zu leisten, damit die nötige Schlagkraft des Verbandes erhalten bleibt und ausgebaut werden kann.

Es wurden wertvolle Anregungen für die Agitation unter den Frauen gegeben, aber auch die Notwendigkeit, Funktionärinnen heranzuziehen und heranzubilden, wurde unterstrichen.

Kollegin Strauß wurde mit allen Stimmen zur Vorsitzenden der Arbeiterinnen-Gau-Kommission gewählt. Sie schloß mit einem Appell an die Kolleginnen, im gewerkschaftlichen Kampfe nicht zu erlahmen. — Die nächste Sitzung findet in Chemnitz statt.

Anlässlich der Sitzung der Arbeiterinnen-Kommission fand abends zuvor in Meißen eine Frauenversammlung statt. Kollegin Jammert ging in ihrem Referat über „Frauenaufgaben einst und jetzt“ auf die verschiedenen Aufgabengebiete der arbeitenden Frau näher ein und betonte, daß es Pflicht der organisierten Kolleginnen sei, dem Ernst der Zeit entsprechend zu handeln und unsere gewerkschaftliche Organisation zu stärken. In der anschließenden Debatte schilderten die Kolleginnen heutige betriebliche Zustände und gaben ihrer berechtigten Empörung darüber Ausdruck, daß die Unternehmer es wagten, die niedrigen Frauenlöhne noch tiefer zu senken. „Nur gewerkschaftliche Solidarität kann hier Änderung schaffen und Besserung der Lebenslage der Arbeiterklasse bringen.“ Was war die einseitige Erkenntnis und ersichtliche Wirkung auch im Hinblick auf jene Kolleginnen, die dem Streben der Organisationen der Arbeiterbewegung bisher passiv gegenüberstanden und erst nach einiger Ermahnung in die Versammlung zu bringen waren. Natürlich gilt es hier wie allenthalben, nicht auf halbem Wege stehen zu bleiben, sondern erst recht nach der Veranlassung an die agitatorische Auswertung zu gehen.

Jugendbewegung.

„Wir sind die Kraft!“

Unter diesem Motto veranstaltete die Jugendgruppe des Fabrikarbeiter-Verbandes der Zahlstelle Nürnberg-Fürth am Sonntag, dem 19. November, im Saale des „Englischen Hofes“ einen Elternabend. Der Besuch war so überwältigend, daß die Verbandsleitung kurz entschlossen für die 400 Besucher, welche keinen Eintritt mehr erhalten konnten, die Wiederholung des Abends mit gleichem Programm am Sonntag, dem 27. November, abends 6 Uhr, anordnete.

Aus dem Programm ist besonders die Ausführung des Sprech- und Bewegungsspiels: „Wir sind die Kraft!“ von Alfred Auerbach hervorzuheben, welcher mit dem Feuer jugendlicher Begeisterung wirkungsvoll herauskam. Der „Reinfall“, ein soziales Stück in

Das Erbe.

Dem Französischen nacherzählt von J. Kunde.

In Saint-Ouen, in elender Holzbaracke, hat Loctoc sein Heim aufgeschlagen. Den Weg, an dem seine Unterkunftsstätte liegt, hat man, ironisch genug, die „Straße der Rentiers“ getauft; Handblumen wuchern rings umher und Hügel von Abfällen drängen sich den Blicken auf. Die hier Hausenden sind natürlich keine Rentnerverzeher; sie gehören zur Gilde der sich jener ihr Brot verdienenden Lumpenhändler, und unter sie mischt sich bisweilen Verbrechergesindel.

Der zerklümpelt einhergehende, Zigarrenkummel vor Theaterportalen ansklaubende, im Kehricht nach Wertverbarem suchende Loctoc läßt durch seine Gebärden durchblicken, daß alle diese Beschäftigungen weit unter seiner Würde sind. Seine Nachbarn halten den etwa Vierzigjährigen, der immer eine Art Kalabreser, mit Sahnenfedern aufgezupft, trägt, für einen, der etwas wirt in der „Zitzone“ ist, sie haben ihm den Spitznamen „Loctoc“ gegeben.

Er ist ein im Leben früh Gestrandeter. Sein Vater, Rat am Gericht, hat den „Anverbesserlichen“ früh verstoßen und kurz vor seinem Tode dessen Schwester Francine, die fleischgewordene Habgier, zur Alleinerbin seines Vermögens eingesetzt.

Der eines Tages in der Umgebung des Jardin des Plantes umherstromeude Loctoc steht plötzlich eine in langsamem Trott daherkommende Droschke — dieses dem Aussterben verfallene Vehikel faucht hin und wieder auch in Paris noch auf — neben dem Kutscher ist ein großer grauer Koffer postiert, den dessen linke Hand sorglich vor dem Heruntergleiten schützt. Scharf sinnig wittert Loctoc die Möglichkeit eines kleinen Verdienstes. Im Laufschritt folgt er dem Gefährt, das bald vor einer Haustür hält. Loctoc klopft an den Schlag, öffnet, reißt seinen zerbeißenen Fitz vom Kopf und barrt mit der Haltung eines Geniesseman auf den Fahrgast. Es ist eine Dame. Er erbieht sich zum Tragen des Koffers. Die

Frau blickt mißtrauisch auf den dienstbeflissenen Strolch, fragt den Kutscher, ob er ihr nicht das Gepäck in den zweiten Stock hinaustragen will; der verneint, weil er Strafe gewärtigen könnte, wenn er seinen Wagen im Stiche ließe. Loctoc darf sich als Träger befähigen.

Die Dame macht oben vor einer Tür halt, auf dessen Schild der Name „Francine Vauthier“ zu lesen ist. Während die Frau in ihrem Geldtäschchen nach Kleingeld sucht, starrt Loctoc sie entgeistert an.

„Verzeihen Sie“, erkühnt er sich zu fragen, „sind Sie verwandt mit dem verstorbenen Gerichtsrat Vauthier in Revers?“

„Das war mein Vater“, wirft die Gefragte flüchtig hin. „Dann sind Sie ja meine Schwester Francine — oh, es ist lange her, daß wir uns nicht gesehen haben — und Sie können mich nicht erkennen in dieser Kleidung und Verfassung...“

Einem Moment blickt sie ihn starr an, erwidert dann schroff: „Hier die Bezahlung, gehen Sie!“

Sie öffnet rasch die Tür, verschwindet. Loctoc hört zweimal den Schlüssel sich drehen und das Vorlezen des Riegels. Ein neben dem Schild hängender Notzettel gibt ihm einen Gedanken ein: man kann nie wissen — vielleicht ertränkt sie sich einmal des Bruders...

Er schreibt hin: Paul Vauthier, 50 rue des rentiers, Saint-Ouen. — Auf der Treppe schaut er sich das Trinkgeld an: 40 Sous!... Ah, die Familie!

Am darauffolgenden Sonntag kreibt sich Loctoc in der Nähe des Hauses seiner Schwester herum. Er lauert auf sie, will sie noch einmal sehen. Er hat Glück. Mit dem Gebetsbuch in der Hand tritt sie aus der Türe. Er ihr nach: „Francine, laß mich ein paar Worte mit dir reden! Bist du nicht meine Schwester? Ich bin in großer Not...“

Beschleunigten Schrittes eilt sie weg, gibt einem an der Ecke anstauenden Schuttmann ein Zeichen. Der haucht ihr an: „Wenn

ich Sie nicht festnehmen soll, dann entfernen Sie sich und belästigen Sie keine Passanten!“

Loctoc schleicht sich eingeschüchtert davon.

Einige Wochen später — er ist in seiner Behausung gerade mit dem Sortieren von Lumpen beschäftigt — da klopf es. Zwei sehr würdig aussehende Herren mit Aktentaschen, einer von ihnen im Zylinder, treten ein: Sie passen schlecht in das Milieu der „Straße der Rentiers“.

„Sind Sie Herr Paul Vauthier?“ fragt der im Zylinder. Loctoc nickt verwundert. Was wollen die beiden bei ihm? Er hat nichts auf dem Kerbholz...

„Ich habe Ihnen eine sehr erfreuliche Nachricht zu übermitteln“, fährt der Besucher fort. „Ihr in Revers kürzlich verstorbenen Onkel Henri Vauthier hat Ihnen und Ihrer Schwester die Summe von 800 000 Frank vermach.“

Loctoc schwindelt der Kopf. Die Hunderttausende wirbeln um ihn. Das ist wohl ein Scherz, denkt er. Aber nein, die Herren sehen nicht aus, als wollten sie ihn zum besten haben.

„Woher wissen Sie, daß ich hier wohne?“ „Ihre Schwester hat mit nach einigem Zögern — ich bin der Notar Lebrun — Ihre Adresse gegeben. Sie kann das Erbe nur antreten, wenn auch Sie unterzeichnen.“

„Nur dann?“ plätschert Loctoc heraus. „Wenn sie allein unterzeichnete“, fragte er in feierhafter Erregung, „kann sie das Erbe nicht erhalten?“

„Nein“, erwiderte verwundert der Notar. „Dann weigere ich mich, meine Unterschrift zu geben!“

Loctoc mit Entschiedenheit hervor. „Guten Tag, meine Herren!“ Er schwingt zum Gruß seinen feberglühmüden Reisetasche, läßt die Besucher verdußt stehen und schreitet mit der Würde eines spanischen Granden aus der schmutzigen Gasse hinaus in das von Handblumen überwucherte, mit Bergen von Abfällen bedeckte Gelände.

zwei Aufzügen, und ein lustiger Unterhaltungsschwank sowie die vorzüglich spielende Martinshörnerkapelle der Jugendgruppe sorgten für die weitere Unterhaltung. Reges Beifall bekundete, daß die Besucher mit dem allein von den Mitgliedern der Jugendgruppe Gebotenen zufrieden waren.

Papier-Industrie

Die Gewerkschaften sind schuld!

Unter der Ägide von Gelben, Nationalsozialisten und Kommunisten versuchen viele Arbeitgeber ihren Arbeitnehmern die Zugehörigkeit zur freigewerkschaftlichen Organisation zu verweigern. Man versucht die Unternehmer ihren Belegschaften einzureden, daß die Gewerkschaften keinen Zweck haben, sondern den Wirtschaftsfrieden nur stören, daß ohne Gewerkschaften wesentlich günstigere Lohn- und Arbeitsverhältnisse gewährt werden könnten und daß die Verbandsbeiträge doch nur dazu dienen, die Gewerkschaftsböden festzumachen. Die gelben Gewerkschaften versuchen der Arbeiterchaft einzureden, daß das wirtschaftliche Heil im Vertriebsstadium liegt und daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer die gleichen Interessen haben. Infolgedessen sei der von den Gewerkschaften betriebene Klassenkampf wirtschaftlich schädlich. Nationalsozialisten und Kommunisten versuchen gemeinsam nicht nur die Folgen der Wirtschaftskrise, sondern auch die Ursachen der politischen Entwicklung auf das Schuldkonto der Gewerkschaften zu schreiben und preisen deshalb die sozialen Verhältnisse in ihren Diktaturstaaten, die einen unter der Parole „hier Italien“ und die anderen „dort Rußland“. Es gibt heute in Deutschland und in der gesamten kapitalistischen Welt fast keinen wirtschaftlichen oder politischen Vorgang, an dem, nach Auffassung der Nazis und Kozis, die Gewerkschaften nicht schuldig sind. So blödsinnig diese mit dem Arbeiter- und Klassenrat erhobenen Anwürfe auch sind, sie werden leider von manchem Arbeiter noch geglaubt. Wie es um das Los der Arbeiter in jenen Ländern bestellt ist, in denen die Gewerkschaften von untergeordneter Bedeutung sind, beweist ein Artikel von Ingenieur Blomstedt in „Svenska Dagbladet“ über die Arbeiterverhältnisse innerhalb der Papierindustrie der Südstaaten in Nordamerika.

Entlohnung.

Es weist darauf hin, daß sowohl die Löhne der ungelerten weißen Arbeiter als auch die der Neger, die zur Qualitätsarbeit keine Verwendung finden, gleich hoch und für amerikanische Verhältnisse außerordentlich niedrig sind. Die Stundenlöhne für diese Arbeiter gibt B. mit 16 Cent = 66 Pf. an. Nach Mitteilung unserer amerikanischen Bruderorganisation schwanken dagegen die Stundenverdienste für die gleichen ungelerten Arbeiter in den Nordstaaten Amerikas, in denen die Gewerkschaften Einfluß und Tarifverträge haben, zwischen 1,68 und 2,35-Mk. je Stunde.

Arbeitszeit.

Während in den Papierfabriken der Nordstaaten, die unter dem Einfluß der Gewerkschaftsbewegung stehen — das gleiche gilt für Kanada — die tägliche Arbeitszeit je Schicht höchstens acht Stunden beträgt und während die Fünftagewoche mit insgesamt 40 Arbeitsstunden weitgehend durchgeführt wird, beträgt nach den Ermittlungen von B. in den Südstaaten Nordamerikas die tägliche Arbeitszeit in fast allen Papierfabriken 11—13 Stunden je Schicht. Aber die

Lebenshaltung.

der Papierarbeiter in den Südstaaten sagt B., daß diese nicht nur äußerst primitiv wohnen, sondern sich in der Hauptsache fast nur von Mais ernähren (und damit auf den Lebensstandard der italienischen Arbeiter heruntergefallen sind).

Die Ursachen.

dieser fräutigen Lebenshaltung sind nach B. zunächst einmal in der niedrigen Schulbildung zu suchen. Das Analphabetentum ist außerordentlich groß, und selbst Direktoren und Betriebsleiter — also Leute in wirtschaftlich leitender Stellung — haben nach den Ermittlungen von B. erst im vorgerückten Lebensalter lesen und schreiben erlernt.

Die Hauptursache ist aber nicht nur in der sozialen und wirtschaftlichen Interesslosigkeit der Papierarbeiter in den Südstaaten zu suchen, sondern vor allem auch in der gewerkschaftsfeindlichen Einstellung der Unternehmer und Behörden. B. sagt dazu wörtlich: „Gewerkschaften oder fachliche Organisationen existieren nicht, jedes darauf abzielende Bestreben wird im Keime erstickt!“

Den gleichen staatlichen Terror gegen die Gewerkschaften wünschen auch viele Unternehmer und deren Organisationen. Die von B. geschilderten Verhältnisse der Papierarbeiter in den Südstaaten Nordamerikas widerlegen treffend die allgemein gebrauchte kommunistisch-nationalsozialistische Phrase, daß die Arbeiterchaft nichts mehr zu verlieren hätte und daß es nicht mehr schlechter werden könne. Damit soll die Forderung der deutschen Arbeiterchaft weber bestreiten noch verkannt werden. Tatsache ist aber, daß lediglich die Gewerkschaften trotz der ungeheuren Weltwirtschaftskrise die einzigen Organisationen waren, die bisher Staat und Unternehmertum im Kampfe gegen die sozialen-wirtschaftlichen Rechte allein Widerstand leisteten. Deswegen bedient auch die Einstellung der Nationalsozialisten und Kommunisten gegen die Gewerkschaften und damit zugunsten des Unternehmertums ein Verbrechen an der Arbeiterchaft. G. Schäfer.

Nahrungsmittel-Industrie

Soranschlich harter Rückgang der Zuckererzeugung in der Kampagne 1932/33.

Nachdem der Zuckerverbrauch im letzten Jahre um über 2 Millionen Doppelzentner zurückgegangen ist, und nachdem am Ende des Zuckerjahres 1931/32 noch große Vorräte an Zucker vorhanden waren, war mit einer starken Einschränkung der Zuckererzeugung in der laufenden Kampagne zu rechnen. Der Verein der Deutschen Zucker-Industrie bringt das Ergebnis in seiner November-Ausgabe heraus. Diese gibt ein vorläufiges Bild über die voraussichtliche Zuckererzeugung während der laufenden Kampagne. Danach soll sich die Zuckererzeugung im Deutschen Reich in den einzelnen Reichsgebieten wie folgt gestalten:

Landesteile	1932/33 voraussichtlich	1931/32	Veränderung aus 1931/32
Österreich	140 780	216 150	-34,87
Brandenburg	437 200	714 200	-39,78
Pommern	563 400	858 035	-34,34
Nieder-Sachsen	1 530 930	2 680 840	-41,83
Ober-Sachsen	328 335	492 375	-33,20
Prov. Sachsen	2 900 550	4 743 605	-38,85
Hannover und Westfalen	1 052 010	1 462 320	-28,07
Westfalen und Rhein-Loffen	1 26 000	171 600	-26,57
Rheinland	602 915	784 035	-23,10
Süddeutschland	929 500	1 316 030	-29,37
Freistaat Sachsen	144 300	187 135	-22,86
Mecklenburg	470 300	526 370	-10,61
Brandenburg	477 350	649 005	-26,44
Bayern	367 250	581 360	-36,83

Nach dieser Schätzung ist also in der laufenden Kampagne mit einem erheblichen Rückgang der Zuckererzeugung zu rechnen. Bereits im Frühjahr d. J. war eine Einsparung bezüglich des Rübenanbaus vorgenommen. Danach war beim Rübenanbau ein Rückgang von 23,50 Prozent vorhanden. Der Rückgang bei der Zuckererzeugung soll 34,18 Prozent betragen. Demnach wäre die Zuckererzeugung erheblich mehr zurückgegangen als der Rübenanbau. Der Zuckerertrag in der Rube ist also in diesem Jahre niedriger als im Vorjahre. Die gesamte Zuckererzeugung betrug im vorigen Jahre 15,9 Millionen Doppelzentner, sie soll in diesem Jahre nur 10,5 Millionen Doppelzentner betragen. Das wäre ein Rückgang

von 5,4 Millionen Doppelzentner. Die Vorräte am Ende des vorigen Zuckerjahres betragen rund 7,3 Millionen Doppelzentner, so daß durch diese Mindererzeugung die Vorräte im kommenden Jahre stark zusammenschrumpfen werden.

Zugleich ist eine Umfrage vorgenommen über die Zuckererzeugung der wichtigsten Rübenzucker herstellenden Länder. Demnach soll auch bei den übrigen Rübenzuckerländern ein erheblicher Rückgang bei der Zuckererzeugung zu erwarten sein. Die Umfrage diesbezüglich zeigt folgendes Bild:

Länder	1932/33 voraussichtlich zu 20 Fr. Rohzuckerwert	1931/32	Veränderung + bzw. Verminderung - v. %
Deutschland	1 049 669	1 594 810	-34,18
Belgien	235 690	205 064	+ 14,93
Dänemark	187 000	122 048	+ 53,22
Finnland	6 600	4 203	+ 57,03
Frischer Freistaat	25 500	5 580	+ 356,99
Italien	315 000	361 400	-12,84
Jugoslawien	72 778	86 303	-15,67
Österreich	160 015	182 550	-12,56
Polen	416 000	493 062	-15,63
Rumänien	62 220	47 944	+ 29,78
Schweden	221 200	143 612	+ 54,03
Tschechoslowakei	622 072	814 414	-23,62
Türkei (europ.)	18 500	16 000	+ 15,63
Ungarn	105 000	125 250	-16,17
	3 497 224	4 182 238	-16,38

Danach haben einige kleine Länder einen ansehnlichen Zuwachs bei der Zuckererzeugung zu erwarten. Diese Länder sind aber für die Zuckererzeugung nicht von großer Bedeutung. Die ausschlaggebenden Länder neben Deutschland haben alle einen wesentlichen Rückgang zu erwarten. Der Rückgang beträgt in den erfaßten Ländern voraussichtlich 16,38 Prozent. Deutschlands Zuckerverbrauch betrug im letzten Jahre knapp 14,5 Millionen Doppelzentner. Die Erzeugung soll voraussichtlich 10,5 Millionen Doppelzentner betragen. Wir würden demnach mit unserer Zuckererzeugung um rund 4 Millionen Doppelzentner hinter dem voraussichtlichen Verbrauch zurückbleiben. Geht der Verbrauch nicht noch weiter zurück, dann kann im nächsten Jahre mit einer erheblichen Zunahme der deutschen Zuckererzeugung gerechnet werden. E. Senkfeld.

Rundschau.

Die sündhafte Gesellschaftsordnung.

Kinder gehören nicht ins Erwerbsleben. Aber die Zahl der Kinder, die dennoch gewerblich tätig sind, ist sehr groß. Das zeigen uns die Untersuchungen, die man hier und dort anstellt.

So hat man diese Verhältnisse kürzlich in Lüdenscheid durch eine Umfrage festgestellt. Und da ergab sich, daß von 3513 Schülern unter 14 Jahren gegen Lohn beschäftigt waren: 679 Kinder in Heimarbeit, 120 Kinder beim Austragen von Waren, 74 Kinder in Hausarbeit bei Fremden, 49 Kinder mit der Beaufsichtigung von Kindern in anderen Familien. 18 Kinder waren in der Landwirtschaft beschäftigt und neun Kinder im Handelsgewerbe.

Damit leisteten 20,01 Prozent der Kinder Arbeit für andere. Jedes fünfte Kind verdiente Geld für die Familie, zu der es gehörte.

Und wenn darunter natürlich die Schularbeiten leiden und das Kind vielleicht nicht gut mitkommt, dann erklärt der Philister: die intellektuelle Begabung ist im Arbeitsvolke nicht so groß!

Wo werden die meisten Kinder geboren?

Der Geburtenrückgang ist eine internationale Erscheinung. Unter dem Druck der Krise werden noch weniger Kinder geboren als vordem. Im ersten Vierteljahr 1932 war von den europäischen Staaten die Geburtenhäufigkeit am höchsten in Rumänien mit 37 auf 1000 Einwohner. Es folgt Portugal mit 34, Polen mit 32, Litauen mit 30, Italien mit 26, Ungarn mit 24, die Tschechoslowakei mit 22, Frankreich mit 18, Deutschland mit 16, Österreich und Großbritannien ebenfalls mit 16. Die höchste Geburtenzahl der ganzen Welt dürfte Rußland haben. Obwohl Polen noch nicht einmal den vierten Teil der deutschen Bevölkerung umfaßt, war Anfang 1932 die Zahl der Lebendgeborenen dortselbst nur um 7000 geringer. Die östlichen Staaten Europas haben den höchsten Geburtenüberschuß. Von dort aus wird sich nach Jahren ein starker Expansionsdrang nach dem Westen bemerkbar machen.

Die Salzenbestände der Weltwirtschaft.

Eine der drückendsten Sorgen auf dem Weltmarkt waren seit Jahren die hohen Bestände an Rohstoffen. Gegenüber 1927 haben sich an den Rohstoffmärkten die Vorräte teilweise um 500 Prozent vermehrt. Mitte d. J. war gegen 1922 eine Zunahme zu verzeichnen bei Weizen um 123, bei Kaffee um 265, bei Kupfer um 506, bei Baumwolle um 38, bei Rohseide um 255, bei Jute um 506 und bei Kaustschum um 135 v. H. Trotz des tiefen Preisrückgangs vom Hochstand der Preise bis jetzt ist der Wert der lagernden Rohstoffe nur um ein ganz geringes kleiner als 1927. Kennen der Sachlage nehmen an, daß die Vorräte der ersten Hand noch wenig abgenommen haben. Die Vorräte im Großhandel sind etwa um ein Fünftel und beim Einzelhandel um etwa ein Achtel zurückgegangen. Das Rohstoffproblem ist also nach wie vor ungelöst.

Berichte aus den Zahlstellen.

Bamberg. Familienabend mit Jubilarehrung. Am 29. Oktober veranstaltete die Zahlstelle im festlich geschmückten Saal der Brauerei Keesmann einen Familienabend, um ihre Jubilare zu ehren. An Stelle des erkrankten Vorsitzenden Karl Jettchmeier hielt Kollege Sebastian Springer die Begrüßungsansprache; er hieß die Festteilnehmer, insbesondere die Jubilare, herzlich willkommen. Als Festredner dankte Kollege Walbert Maier (Hünzberg) im Namen der Verwaltung und des Hauptvorstandes den Jubilaren für ihre ununterbrochene Treue zum Verbands. Mögen uns die Jubilare ein Vorbild sein, das gefestigte Ziel wie aus den Augen zu verlieren! Ohne Kampf keinen Sieg! Möge es der Jugend vorbehalten sein, das zu vollenden, was die Alten aufgegeben haben! So wollen wir das Geisteserbe ablegen, dem Verbands allezeit die Treue zu wahren. Nur dann haben wir vollen Erfolg auf Freiheit. Kollege Springer überreichte den Jubilaren Johann Propp, Anton Strodel, Peter Post, Johann Schneider und Sebastian Schunabel die vom Hauptvorstand gestiftete Ehrennadel sowie Ehrenmedal nach dem Vorbild der Jubilare des Verbandes. Kollege Strodel dankte im Namen der Jubilare für die erwiesene Ehrung. Ein anschließendes Konzert mit weiteren Vorträgen ließen die Stunden nur zu schnell verfließen.

Kolberg (Pommern). Am 15. November fand im Saale des Genossenschaftsheim „Selbsthilfe“ eine kleine aber würdige Jubilarefeier statt. Den Kollegen Hermann Müller, Albert Scheunemann, Ernst Vahl, Karl Sommerfeld und Friedrich Ziebell wurde für 25jährige treue Mitgliedschaft und Mitarbeit im Verbands die vom Vorstand gestiftete Ehren-Urkunde durch den Vorsitzenden der Zahlstelle, Kollegen Treichel, überreicht. Außerdem erhielten die Jubilare das Werk: 40jährige Geschichte des Fabrikarbeiterverbandes und das Dreifarbige Abzeichen als äußeres Zeichen der Anerkennung. Kollege Treichel schilderte in treffenden Worten die Entstehung und die Entwicklungsgeschichte der Zahlstelle seit den 36 Jahren ihres Bestehens. Unsere Zahlstelle wurde am 20. September 1896 von dem Kollegen Treichel im Auftrag des Ortsausschusses des DGB gegründet. Der Redner würdigte die Verdienste der Jubilare und begrüßte einen lieben Ehrengast, den Kollegen Emil Otto, welcher seit der Gründung der Zahlstelle dem Verbands angehört. Mögen unsere jüngeren Mitglieder sich stets die Verbandsjubilare als Vorbild dienen lassen!

Solkau (Hann.). Magdalene Delfke f. Wiederum hat der Schnitter Tod eine Mitkämpferin aus unseren Reihen gerissen. Am 12. November verschied plötzlich unsere Kollegin Magdalene Delfke. Sie war eine von den Besten in unserer Zahlstelle. Seit Jahren stand sie in Reih und Glied des Verbandes, um für Menschenwürde und -rechte zu kämpfen. Ihr ganzes Leben war Mühe und Arbeit. 40 Jahre lang war sie bei der Bettfedernfabrik E. Freidling & Sohn beschäftigt; sie wurde aber vor kurzer Zeit entlassen. Ihr Wesen im Umgang mit Menschen war einfach und schlicht. Nun haben wir ihr das letzte Geleit gegeben und haben Abschied von ihr genommen für immer. Doch ihr Geist wird fortleben in unserer Zahlstelle, indem wir in ihrem Sinne wirken.

Wittmund. Ruffig arbeiten hier die Kollegen in der Werbeaktion, und das ist auch notwendig. Besonders schlecht steht es hier mit den Wohlfahrtsempfängern des Kreises Wittmund. Ihnen gönnt man wirklich den Friedhofspfad nicht, gilt hoch der Kreis Wittmund als Hochburg der Nazis. Man sollte doch annehmen, weil die NSDAP eine Arbeiterpartei sein will und ihren Nachläufern alles verpricht, daß sie auch entsprechende Entscheidungen trifft in den Landgemeinden des Kreises für die Hilfsbedürftigen. Aber allzuquern machen diese Herren das Gegenstück; wenn berechtigte Anträge gestellt werden, werden sie abgelehnt. Man hält Unterstützungssätze von 2,50 bis 5 Mk. die Woche für eine Familie für „angemessen“. Die Zahl der Familienmitglieder wird vielfach außer acht gelassen. Hauptsächlich ist die Zeit nicht mehr fern, wo auch im ostfälischen Gebiete die Gewerkschaften mitbestimmen und die Not lindern helfen dürfen zum Wohle der Bedürftigen. Dies ist aber nur dann möglich, wenn sich die Arbeiter geschlossen in unsere Reihen stellen und Mitkämpfer werden im Verbands der Fabrikarbeiter. Dort ist euer Platz zum Aufbau! Freiheit!

Verbandsnachrichten.

Unterstützungsauszahlung, Achtung!

Das bisherige Mitglied des Verbandes, Kurt Roth, Neßchau i. Vogtl. (Zahlstelle Zwidaun), Mitgl.-Nr. 1.100.029, ist wegen Veruntreuung von Verbandsgeldern ausgeschlossen worden. Roth befindet sich auf Wanderschaft und hat sein Mitgliedsbuch noch in Händen. Es darf an Roth keinerlei Unterstützung ausgezahlt werden. Auch ist ihm sein Mitgliedsbuch abzunehmen und an das Büro des Hauptvorstandes einzuschicken. Der Hauptvorstand.

Literarisches.

Upton Sinclair: „Briefe an einen Arbeiter“. Mit 20 Zeichnungen von Lily Reith, 189 Seiten in Leinen gebunden. Organisationsausgabe der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin SW 19, Inselstr. 6a. 2,50 Mk. statt 3,80 Mk. Der neue Sinclair zählt zu den besten Autoren des bekannten amerikanischen Arbeiterchriftstellers. In Form von Briefen an einen alten Arbeiter schildert Sinclair jede Art der Ausbeutung des modernen Kapitalismus. Das Buch gibt eine Fülle von interessanten Tatsachen und Einzelheiten aus dem Leben mit sprühendem Witz, beißendem Spott in humorvoller Darstellung. Es gibt wohl wenig Bücher, die in dieser Zeit der Weltkrise des Kapitalismus für den Arbeiter geeigneter wären als diese „Briefe“. Die von der Verlagsgesellschaft des DGB veranfaßte glänzend ausgestattete billige Organisationsausgabe wird sicher dazu beitragen, dem Buch die Verbreitung zu verschaffen, die es verdient.

„Empor zum Sozialismus! Wirtschaftsentwicklung und Arbeiterklasse.“ So lautet der Titel einer neuen Bildbandserie des Film- und Lichtbildienstes der Partei, Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Die Bildbandserie, die dem sehr erfolgreichen Film „Des Geistes Schwert“ (Der Film vom Sozialismus) entstammt, verfolgt das Werden der Wirtschaft von ihren ersten Anfängen an bis zu dem sich ankündenden Sozialismus. Die Serie hat 84 Bilder und ist in zwei Teile gegliedert. Der Preis beträgt 5,25 Mk. Ferner erschienen: Serie Nr. 918 „Die Nationalsozialisten“, 67 Bilder. Bildband 5,50 Mk. Serie Nr. 898 „Miche Meiers Weltreise“ (für Kindererwartungen), 91 Bilder. Bildband 5 Mk. In Vorbereitung befindet sich eine „Karl-Marx-Serie“. Bestellungen werden schon jetzt entgegengenommen.

„Die Kellnerin Molly“, von Hans Otto Senel, Fackelreiter-Verlag, Berlin W 15, WeidenstraÙe 33. Preis 2,80 Mk. Ein satirischer Zeitroman; aber er wirkt nicht nur satirisch, sondern man ist vielmehr erschrocken über das Schicksal dieses Mädchens, das in das Kadermerk der Geseß und Moralvorstellungen gerät und mit unerhörter Grausamkeit zu Tode gebracht wird. Die reaktionäre Presse nannte den Verfasser dieses Romans einen Kulturhollenschwitten. Daß alle Kultur aber an den „nationalen“, reaktionären Spießbürgern mit der doppelten Moral zugrunde geht, zeigt dieses Buch.

Es breitet in der Manchshurei. Kürzlich hat der bekannte Forscher Dr. Otto Krause in seinen unter dem Titel „Dritte Welt der Menschheit“ ein Hauptbuch im Verlag „Der Bücherkreis“, G. m. b. H., Berlin SW 61, herausgegeben, das die Entwicklung der Wirtschaft, der Gesellschaft und des Staates in Japan, China, der Manchshurei und Hollandisch-Indien in den letzten Jahrzehnten zeigt und uns die heutigen Geschehnisse erklärt.

Wälder Sonderband des „Bücherkreises“. „Der Bücherkreis“ bietet im vierten Quartal seinen Mitgliedern ganz besondere Vorteile, darunter einen Sonderband, der nur an Mitglieder abgegeben wird, zum Preise von 1,75 Mk. statt 4,30 Mk. Es handelt sich um den Roman von Semjon Rosenfeld: „Rußland vor dem Sturm“.

Nicht viel Kleinigkeiten

dafür ein wertvolles Weihnachtsgeschenk

eine Nähmaschine

ab 141 RM

(Zahlungserleichterung)

ein Fahrrad ab 62 RM

Kinderräder usw.

Verlangt Gratiskatalog!

LINDCAR-FAHRRADWERK AG
BERLIN-LICHTENRADE

Unternehmen der freien Gewerkschaften

